

Pranumerations-Preise:
 für Adr.:
 Ganzjährig 12 fl. — Halbjährig 6 fl.
 Vierteljährig 3 fl.
 Mit täglicher Postverendung:
 Ganzjährig 14 fl. — Halbjährig 7 fl.
 Vierteljährig 3 fl. 50 kr.
 Das Abendblatt vt. Quartal 1 fl. 10 kr.

Uradrader Zeitung.

Redaktion:
 im Binkler'schen Neugebäude, 1. Stod.
 Expeditions- und Insertions-Bureau:
 Hauptplatz, 8. Goldschneider's Buchhandlung.
 Einsendungen für das „Journal Aller“ und
 dgl. werden mit 20 Kr. die Zeile berechnet.
 Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.

Nro. 245.

Samstag den 28. September 1861. (Morgenblatt.)

X. Jahrgang.

Urad, 27. September.

Die in unserem heutigen Abendblatte gemeldete gemeinschaftliche Abreise des Hofkanzlers Grafen Forgách von Wien gibt bereits Anlass zu den mannigfachen Konjekturen. Aus Wien vom gestrigen Datum wird uns über das Folgende geschrieben:

Der ungarische Hofkanzler, Graf Forgách, ist gestern abendlich abgereist; wohin? — weiß Niemand. Einige behaupten, er habe sich auf eine große Jagd nach Böhmen begeben, andere wollen ihn auf einem Ausfluge nach Pest wissen, um mit den dortigen hervorragenden Persönlichkeiten über das Eintreffen künftiger Eventualitäten Beratungen zu pflegen, vielleicht auch, wie einige Optimisten bemerken, um ein Verständigungsprogramm zwischen einigen Mitgliedern des Wiener Reichstages und des aufgelösten ungarischen Landtages vorzubereiten. Jedenfalls gibt seine unerwartete Entfernung zu den verschiedenartigsten Kombinationen Anlass. Auffallend wäre es jedenfalls, wenn der Hofkanzler in einer Zeit, in der über die wichtigsten Angelegenheiten verhandelt wird und eine Wucht von Geschäften der Verwaltung harret, Wien verlassen und nicht einmal die Verhältnisse seiner Umgebung von dem Zwecke seiner Abreise verständigen sollte. Seine Zurückkunft ist vorläufig für Sonntag bestimmt, und hat die Führung der laufenden Geschäfte einstweilen Hofrath v. Kobenczy übernommen, welcher auch in der heutigen Sitzung das Präsidium führte.

Der Wiener Korrespondent des „N. N.“ ergeht sich gleichfalls in Betrachtungen über die Abreise des Hofkanzlers und er ist offenbar bemüht, anzudeuten, daß das Reiseziel des Grafen Forgách Ungarn sein müsse. Der Hofkanzler, schreibt er, hat gestern (24.) Abends Wien verlassen und selbst in seiner nächsten Umgebung divergieren die Angaben über die Ursachen seiner Entfernung. Die Einen sagen, Se. Excellenz sei auf die Jagd gegangen. Das hielte ich nur für sehr glaubwürdig, wenn Herr Dr. Bach für seinen konstitutionellen Nachfolger wenigstens in so ferne vorgesorgt hätte, daß er mehrere, in welchen königliche Kommissäre gehegt werden, angelegt haben würde. Da indessen dieses edle Wild gänzlich ausgestorben zu sein scheint, so glaube ich nicht, daß Se. Excellenz jetzt Lust und Laune zu einem andern Waldmanns-Vergängen hätte. Eine zweite Version lautet dahin, Se. Erz. habe sich nach Berlin begeben, wohin ihn Familienangelegenheiten riefen. Ich habe guten Grund, diese Version gelten zu lassen, da ich weiß, daß Graf Forgách schon zur Zeit seiner böhmischen Statthalterhaft diese Vorhate, aber durch seine Berufung nach Wien verhindert worden war, dieselbe anzutreten. Was mich aber gegen diese Angaben misstrauisch macht, ist das Geheimniß, mit welchem die Reise umgeben wurde, und fast will es mir scheinen, daß einer Ihrer Herren Korrespondenten vom Lande Ihnen nächster Tage die Kunde bringen wird, der Herr Hofkanzler habe sich auf diesem oder jenem Landstige aufgehoben und mit diesen und jenen Personen — zu Nacht gegessen.

Jedenfalls wird es gut sein, wenn Ihre Herren Korrespondenten ein Auge auf den Herrn Hofkanzler haben; er ist im Stande und zettelt in Ungarn, das nach den Versicherungen des Herrn v. Rechberg doch so gründlich zufrieden ist, eine Verschwörung gegen Herrn v. Schmerling an und stört dadurch muthwillig den süßen Frieden, dessen sich die Monarchie erfreut.

Dagegen meldet der Wiener Korrespondent der „N. N.“, daß Graf Forgách lediglich in Privatangelegenheiten Wien auf 2 bis 3 Tage verlassen habe und daß alle über diese Reise verbreiteten Versionen „zuverlässig“ auf diese Angabe zurückzuführen seien. Soll denn — fragt der Korrespondent — ein ungarischer Hofkanzler sich nicht auch einmal zu seiner Erholung und in Privatangelegenheiten durch eine Exkursion von den fortwährenden anspruchsvollen Geschäften zerstreuen dürfen? —

Was die siebenbürgischen Angelegenheiten betrifft, — wie dem „Sü r g ö n y“ aus Wien geschrieben, — so werden die Zentralisten bald die erkohnten Früchte ihres schwer errungenen Sieges „schwarz auf weiß“ vor sich sehen; wenigstens erwartet man in der siebenbürgischen Hofkanzlei täglich das königliche Reskript. So viel steht fest, daß seit der Demission des Baron Kemény die Unionsfrage aus den königl. Propositionen ganz gestrichen worden ist; allein es scheint, daß entweder in Beziehung auf den Wahlmodus einige Veränderungen vorgenommen worden sind, oder daß wir alle nicht genau unterrichtet waren. Es heißt nämlich, daß die Wahl der Deputirten nicht gerade nach Bezirken, oder nach je 30,000 Seelen vor sich gehen, sondern, daß jedes Komitat, sei es nun größer oder kleiner, zwei Deputirte wählen wird, und jene Komitate, die mehr als 60,000 Einwohner zählen, werden ermächtigt werden, je nach 30,000 Seelen mehr einen Deputirten zu wählen. Demgemäß würde die Zahl der wallachischen Deputirten um 10—15 anwachsen; aber ein Uebergewicht über das ungarische Element ist dadurch nicht gesichert. Andererseits dürfte ich, daß das Gerücht bis jetzt noch nicht begründet ist, demzufolge die Regalisten aus jeder Nationalität in gleicher Anzahl berufen werden sollen. Das Uebel liegt natürlich nicht in dem Umstande, daß die wallachischen Deputirten in etwas größerer Anzahl auf dem siebenbürgischen Landtage erscheinen werden, sondern darin, daß die gesetzliche Basis besetzt wurde, und nur dieß ist es, nicht aber die Absicht, als wollte man der Schwester-Nation einige Deputirte vorzuziehen, was den Baron Kemény zum Rücktritt bewogen hat. Wie ich erfahre, wird die siebenbürgische Hofkanzlei

gegenwärtig vom Erzherzog Rainer ihre Instruktionen erhalten. — Hinsichtlich der ungarischen Angelegenheiten heißt es, daß die B a c s e r Komitatskommission nicht aufgelöst werden wird, sondern bloß ihre Sitzungen suspendirt werden sollen. Man spricht davon, daß die Regierung in ihrem Vergehen manche Veränderungen vornehmen will, damit die außerordentliche Maßregel nicht als Prinzip erscheine.

Wie der „Wdr.“ meldet, hat sich der mit der Auflösung des Szabolcer Komitatsauschusses betraute Kommissär, der ehemalige Gerichtspräsident v. Sándor, von Wien aus bereits auf seinen Posten begeben. Es ist derselbe, welcher im vorigen Winter die auf dem Rathhausesturm in Szathmár aufgesteckte ungarische Fahne eigenmächtig herabnehmen ließ, und vor der Wuth der Bevölkerung sich bei Nacht und Nebel nach Wien flüchten mußte. Jedenfalls wird sein Empfang in Nagy-Kalló kein sehr herzlicher sein.

Als interessante Nachricht ist demselben Blatte mitgetheilt worden, daß das k r o a t i s c h e Hospitalkommissariat mit der ungarischen Hofkanzlei d e u t s c h e Noten wechselt.

Die Auflösung der Stuhlweißenburger Stadtrepräsentanz.

Das heutige „N. N.“ enthält einen ausführlichen Bericht über die am 24. d. M. durch den k. Kommissär v. S e k r e n y e s h y erfolgte Auflösung der Stuhlweißenburger Stadtrepräsentanz, welchem wir hie mit das Wesentlichste entnehmen:

Am 21. d. erhielt der Bürgermeister von Stuhlweißenburg eine Zuschrift von Hrn. S e k r e n y e s h y, worin dieser seine Ernennung zum k. Kommissär anzeigt und die Einberufung der letzten Generalversammlung auf den 23. d. anberaume. Der Bürgermeister befragte die Repräsentanten in einer freundschaftlichen Besprechung, ob er der Weisung Folge leisten und eine außerordentliche Versammlung einberufen solle? Die allgemeine Ansicht sprach sich dagegen aus, da die Ernennung S e k r e n y e s h y's bis dahin weder von der Hofkanzlei, noch von der Statthalterei offiziell angezeigt worden sei. Am 23. möge übrigens die Generalversammlung einer früheren Bestimmung entsprechend in gewöhnlicher Weise zusammentreten. Am 22. Abends war Sz. in der Stadt angekommen, am 23. berief er eine Generalversammlung auf den 24. ein und jeder Repräsentant mußte den Empfang der Einladung durch seine eigene Unterschrift bestätigen. Am 24. Vormittags um 10 Uhr versammelte sich der Magistrat im Stadthaus vollzählig, aber kein einziger Repräsentant war anwesend; hinter den leeren Stühlen derselben stand das dichtgedrängte Publikum. Nachdem auch Herr Sz. erschienen war, und vom Bürgermeister der Vorherrschaft übernommen hatte, ließ er sein Ernennungsdekret und eine Zuschrift der Statthalterei verlesen, worin die Stadt angewiesen wird, Hrn. Sz. zu gehorchen und ihm bei der Reorganisation der Repräsentanz hilfreiche Hand zu bieten. Nach Vorlesung der beiden Erlässe hielt der k. Kommissär folgende Rede:

Gehörte Versammlung! Die vorgelesenen Dekrete behandeln zwei Gegenstände; erstens, daß gegen die Jurisdiction dieser Stadt, welche den Regierungsdiskussionen gegenüber öfters Ungehörig an den Tag gelegt hat, eine Untersuchung eingeleitet werde, welche von mir ordnungsmäßig durchgeführt werden wird, und zweitens, daß die städtische Repräsentanz, da sie nach dem Wortlaut des k. Dekretes „ihren gesetzlichen Wirkungskreis verkennd, durch ihren Protest die unzweifelhaften Rechte Sr. Majestät bezüglich der Reichstagsauflösung anzugreifen wagte, und durch diesen Akt höheren Orts die Ueberzeugung bestärkte, daß sie nicht das Wohl des Vaterlandes zu fördern, sondern nach dem Gegentheil davon, nach Anarchie strebt“, definitiv aufgelöst werde. Ich löse daher kraft meines Mandats als königlicher Kommissär die Repräsentanz dieser Stadt hie mit auf, und erkläre sie für aufgelöst. Nach dieser Auflösung darf hier an dieser Stelle keine korporative und individuelle Manifestation mehr stattfinden, wobei es sich von selbst versteht, daß zugleich alle hierauf bezüglichen vielleicht beabsichtigten Zusammenkünfte, Beratungen und Besprechungen entschieden und ernstlich verboten sind. Uebrigens hoffe ich von den gebildeten Mitgliedern dieser aufgelösten Körperschaft im Vorhinein, daß sie die Sache nicht derart auf die Spitze treiben werden, daß ich meinen Worten, die ich als königlicher Kommissär sprach, durch die Anwendung physischer, mir zu Gebot stehender Gewalt Geltung verschaffen müsse. Ich spreche meinerseits nur den einzigen Wunsch aus, daß, so wie das dem intensiven Feuer ausgesetzte edelste Metall, das Gold, gereinigt wird, und so wie der Sage nach der Phönix aus der Asche seines Horstes, den er selbst baute und der dann von der Sonnenhitze entzündet wurde, verjüngt hervorgeht, — auch diese ansehnliche Stadt, einst die Krönungsstadt, die Lieblichkeitsstadt und die Begräbnisstätte so vieler glorreicher Könige, sich je früher ihrer gegenwärtigen zweifelhaften Lage entwinden und zu jenem Gipfelpunkt des Wohlstandes, der Macht und des Ruhmes erheben möge, damit welcher anspruchsvolle Bewohner derselben immer, wenn er gefragt würde, wo er zu Hause sei, eben so wie einst der große Apostel sagte: „Civis romanus sum“, mit geschwelter Brust und mit stolzem Selbstgefühl die Antwort geben könne: „Meine Vaterstadt ist Stuhlweißenburg!“

Auf diese Ansprache des k. Kommissärs antwortete im Namen des Magistrats der Stadtrichter Z s ö m b ö r y

mit einer männlichen, besonnenen Rede, welche von dem versammelten Publikum mit lauten Clajens aufgenommen wurde und die wir in folgendem Skizziren:

Die Einwohner und die Beamten der Stadt, sagte der Redner, sind ohne Ausnahme konstitutionell gesinnt und echte Magyaren. Als solche sei die Aufrichtigkeit einer ihrer Charakterzüge, so daß er sich selbst durch die Machtvollkommenheit des königlichen Kommissärs nicht abhalten lasse, seine Ansicht offen auszusprechen. Die Repräsentanz habe die nun angeordnete Auflösung vorausgesehen und deshalb dagegen protokollarisch protestirt, und die gänzliche Abwesenheit der Repräsentanten sei eine Wiederholung dieses Protestes. Es sei betäubend, daß die Stadt des Ungehorsams geziehen werde, da ihre negative Haltung bloß ein strenges Festhalten an den Gesetzen war, was eher eine Tugend als ein Verbrechen sei. An diesen Gesetzen auch ferner festzuhalten, seien die Beamten durch ihren Eid gebunden, und sie könnten folglich auch den Wünschen des Kommissärs nur insoweit nachkommen, als es die Gesetze gestatten. Sollte aber die Neubildung einer andern städtischen Repräsentanz beabsichtigt werden, so sähen sich alle Beamten genöthigt abzudanken, denn dieß gebiete die patriotische Pflicht. Glätten Er. Hochgeboren nicht — fuhr der Redner fort — daß dieß die Ansicht eines einzelnen Menschen oder einer Fraktion ist, nein, durch mich spricht sich die öffentliche Meinung der ganzen Stadt aus. Die gesetzliche Stadtbehörde, deren Vollmetsch ich nun bin, ist die allein beglaubigte Vertreterin der Stuhlweißenburger Bevölkerung, welche an der Verfassung, an den sanktionirten Gesetzen und an allen Rechten ihrer Jurisdiction festhält. Der Herr k. Kommissär habe erwähnt, daß diese alte Stadt zugleich der Begräbnisplatz ihrer Könige sei. Wohl lägen in geringer Entfernung an diesem Orte 15 Könige begraben, deren heilige Asche diese Erde befruchte, aus welcher die heiligste und flammendste Vaterlandsliebe so reichlich emporsprießt. 33 Könige seien innerhalb der Mauern dieser Stadt mit der Krone des heiligen Stefan gekrönt worden, es sei demnach kein Wunder, wenn die Bevölkerung in diesen erhabenen Erinnerungen großgezogen, entschieden konstitutionell und verfassungstreu gesinnt sei. Es gebe in diesem Mecca Ungarns Niemanden, der die Vaterlandsliebe vergessen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufgeben könnte. Die zwei funkelnden Sterne der ungarischen Geschichte, der hier begrabene große Ludwig und der ruhmvolle Mathias Hunyady müßten hinst dem Grabe entsteigen, um die ihrem Vaterlande Abtrünnigen rächend zu zertreten.

Der k. Kommissär erwiderte hierauf folgendes:
 Nach dieser ausgezeichneten Rede ergreife ich mit Uebergehung dessen, was darin mit dem Geiste des so eben vorgelesenen Dekretes im Widerspruche und daher schon an sich selbst ungiltig ist, die Gelegenheit, die ganze Versammlung zu versichern, daß die Absicht Sr. k. f. Apostolischen Majestät erhaben und rein ist. Se. Majestät hegt überhaupt nicht die Absicht, daß der wiederhergestellten Konstitution irgend ein Abbruch zugesetzt werde. Se. Majestät wünscht bloß jene Auswüchse von unserem heiligen Paladium entfernt zu sehen, die sich auch in der Natur an vielen Gewächsen zeigen, und vom klugen Gärtner und Landwirth weggebrochen und vernichtet werden. Uebrigens ist es, geehrte Versammlung, eine allgemein bekannte Thatsache, daß ein berühmter Redner Rom's einst, um allen ferneren Streitigkeiten ein Ende zu machen, ausgerufen hat: „Laßt uns vereint in das Kapitol gehen und opfern wir dort den Göttern!“ Auch ich sage jetzt, meine Herren, kehren wir in unsere stillen Wohnungen zurück, lassen wir aber vorher hier mit einem Herzen und einer Stimme den, wie ich hoffe, allgemeinen Wunsch erschallen: Es lebe das Vaterland!

Die Anwesenden stimmten hierauf das Szózat an und entfernten sich aus dem Saale, welchen bald darauf auch der k. Kommissär verließ. Dem Stadtrichter Z s ö m b ö r y wurde Abends ein glänzender Fackelzug gebracht.

A u s l a n d.

Paris, 22. September. Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz kommen am 30. in Bordeaux an, wo sie die Nacht verbringen werden. Am 4. Oktober reisen sie nach Compiegne. Zugleich mit dem König von Preußen soll dort der König von Holland, der am 3. Oktober den Haag verläßt, eintreffen. Man behauptet jetzt, der König von Preußen werde 48 Stunden am französischen Hofe verweilen, und es soll Alles, wie man hinzusetzt, aufgeboten werden, um ihn zu bestimmen, auch St. Cloud, resp. Paris zu besuchen. Man hält es hier nicht für unmöglich, daß während der Anwesenheit Wilhelms I. in Frankreich der Handelsvertrag mit Preußen unterzeichnet wird. — Der Marschall Niel war während zehn Tagen in Biarritz. Er ist jetzt wieder nach Toulouse, dem Sitz seines Kommandos, zurückgekehrt. — Das Lager von Chalons wird bis zum 30. d. M. vollständig geräumt sein. Das 82. und 83. Regiment werden den Winter über daselbst bewohnen. — In Bordeaux und Marseille sind die Geranten, Chef-Redakteure und Mitarbeiter der dort erscheinenden Zeitungen vom Präfekten polizeilich aufgefordert worden, ihr „Nationale“ zu Protokoll zu geben: Name, Geburtsort, Alter, Stand der Eltern, Vermögen, Gehalt, Titel, akademische Grade, Orden, ob ledig oder verheiratet, wie viel Kinder, was früher gewesen, ob schon Bücher geschrieben und welche etc. Die

ei és roko-
ivvel jelenti

Jósef,

kor, életének
lvizi beteg-

bb lett Arad-
ata, mely a
ernyedetlen
tessége által
kezni oly jól

délután 4
mak eltaka-
10 órákor,
ai templom-

1861.

1859—1,2)
sten un-
dermann
gesitt-
ungari-
Vor-
nehmen

re.

ber die Gehrgen-
richtsprache vorge-

gegenständen, so-
Gymnasium oder
verfügung die nö-
thigen zu Theil wird.

Eisler,
38.

1861.

Geld	Waare
36.25	36.75
23.—	23.00
22.75	23.25
14.75	15.25
113.50	113.75
114.—	114.—
114.—	114.20
100.—	100.25
135.50	135.80
135.50	135.60
53.—	53.10
18.65	18.70
6.50	6.51
6.49	6.51
10.80	10.82
18.80	18.90
11.15	11.18
11.35	11.40
13.68	13.70
2.2	2.3
134.75	135.25

6 1/2 — 6
9 — 7
chschel . 5
Sicht., 5 1/2
Vorsch. — 134.00

Neugebäude.

Herren beantworteten natürlich nur die Fragen, welche das Zivilstandsregister vorschreibt. Im übrigen blieb die Willkür des Präfecten unbefriedigt. — Dem „Pays“ zufolge hat Rußland mit der Regierung von Washington einen Vertrag abgeschlossen, dem zufolge es sich in dem Streite in Nordamerika zur Neutralität verpflichtet. England und Frankreich haben sich bekanntlich geweigert, dieses zu thun. — Der Herzog von Grammont verläßt erst Anfangs nächsten Monats Paris, um sich auf seinen Posten nach Wien zu begeben.

Italien. Die französische Regierung, die Cialdini gern im Lande, wo der Pfeffer wächst, sähe, hat durch ihr halboffizielles Organ, das „Pays“, verbreiten lassen, derselbe werde alsbald durch Fanti im Oberbefehl und durch Villamarina in der Zivilverwaltung der Südprovinzen ersetzt werden. Fanti ist bekanntlich der Gegner Garibaldi's und ein Mann, der gerade als Organisator sehr untergeordneter Art ist. Man hat diesen Kopf des „Pays“ in Turin auch auf den ersten Blick erkannt und sofort auf telegraphischem Wege diese Nachricht als ungegründet bezeichnen lassen. Indeß wird Cialdini doch höchst wahrscheinlich bald nach Bologna zurückkehren, da das Organisationsgesetz nicht lange mehr auf sich wird warten lassen. Durch dieses Gesetz werden die Statthalterschaften abgeschafft; Cialdini's Vollmacht in Neapel erlischt also mit dem Datum dieses Gesetzes.

Die „Italie“ vom 22. September meldet: „Wir vernahmen, daß nächste Woche General Graf Morozzo de la Rocca, erster Adjutant des Königs, in Begleitung der Herren Ritter de Savoiron und de Beglio, Ordnonanzoffiziere des Königs, in außerordentlicher Mission sich zu dem Sultan nach Konstantinopel begeben wird.“

Wie man „Daily-News“ aus Italien schreibt, wurde Garibaldi von vielen seiner Freunde, darunter Bertani und Mirali, gedrängt, das ihm von Amerika gemachte Anerbieten anzunehmen. Sie sagten ihm, er würde die große amerikanische Republik zu Italiens dankbarem und dauerndem Allirten machen und dem italienischen Handel ungeheure Wege erschließen; seine alten Offiziere (ungefähr 200 an der Zahl), die ihm zu folgen bereit waren, würden glänzende Gelegenheiten haben, Kriegserfahrungen zu sammeln, anstatt daheim zu rosten; und daß, wenn er, wie natürlich, sich das Recht ausbedinge, jeden Augenblick nach Italien zurückzukehren, er in nicht ferner Frist heimkommen dürfte, umgeben von einem Stab, der sich eine Weltruf gemacht und mit einem persönlichen, fast bis zur Unwiderstehlichkeit erhöhten Prästige. Bizio, Cosens und Medici dagegen ließen sich durch diese scheinbaren Gründe nicht überzeugen, und machten geltend, daß Garibaldi's Abwesenheit in diesem Augenblicke die Reaktion aufmuntern und den Mazzinisten einen Vorwand geben würde, zu sagen, daß Viktor Emanuel's Regierung sich seiner und seiner Freiwilligen zu entledigen wünschte.

Wie der Korrespondent der „N. Z.“ nun selbst zugibt, ist Garibaldi einem Ministerrathe in Turin beigezogen worden. Ueber die ungarischen Angelegenheiten äußerte er: Er würde in Ungarn nur dann erscheinen, wenn die Dinge so weit gingen, daß die Entscheidung durch die Waffen der einzige Ausweg bliebe und eine ausgedehnte Insurrektion das Zeichen zum Kampfe gegeben hätte.

O. Z. Warschau, 23. September. Die Verwirrung und Rathlosigkeit dauert bei uns fort; sie ist nur eine Folge ähnlicher Zustände in St. Petersburg. Dennoch ist es ruhiger geworden, die politische Atmosphäre ist milder, einmal weil Volk und Bürgerschaft besonnener sind, weil sie eine Falle fürchten und sie vermeiden; dann aber weil die Wahlen die Aufmerksamkeit absorbieren. So viel man erfährt, soll die Absicht der Nationalen dahin gehen, die Wahlen allenthalben auf die als Patrioten bekannten Männer zu lenken; diese sollen überall zugreifen, wo sie durch die Wahl der Mitbürger berufen werden, aber allenthalben ablehnen, wo eine Ernennung stattfindet. Diese Politik mag einem Principe entsprechen, aber praktisch klug ist sie nicht, denn es werden dadurch alle jene Männer, auf welche das Volk zu zählen glaubt, von der entscheidenden Stelle ausgeschlossen, vom Administrationsrath fern gehalten. Wenn aber der russischen Regierung diese Männer versagen, ist sie gezwungen zu ihren eigenen zu greifen; zu diesen scheint sie aber wenig Vertrauen zu haben, gerade so wie die Bevölkerung ohne Vertrauen zu ihr ist.

Dieses Mißtrauen hat sich nicht verringert, trotz der gewinnenden Formen des Generals Lambert, trotz dem laissser aller, das man eine Zeit lang beobachtete. Gerade in letzterem sündete man eine Provokation. Die unschlüssige Haltung der Regierung in der Hauptstadt, der Gegensatz zwischen der Sprache, die hier und auf dem platten Lande geführt wird, endlich die Schwäche der Regierung selbst, läßt das Vertrauen nicht aufkommen. Im Guten wie im Bösen vertraut man nur dem Starcken und Willenskräftigen, wo man stets Schaukeln und Schwanken, wo man Rathlosigkeit sieht, dort lehnt man sich nicht gerne an. Man weiß ja nicht ob das, was heute Stütze sein soll, morgen auch trägt.

Die Schwäche der Regierung hier ist eine Thatfache an welcher kein Mensch zweifelt; sie hängt aber mit jener in St. Petersburg überhaupt zusammen. Das russische Kabinett ist rathlos, es vermag zu keinem Entschlusse zu kommen. Der Czar hat die wohlwollendsten Absichten, aber jene Entschlossenheit, welche unter Kaiser Nikolaus seinen Willen zu einem Befehle umgestaltete, der auch ausgeführt werden mußte, ist aus dem Kabinette verschwunden, und das russische Beamtenthum wiegt sich gar so gerne in Nichtstun, wenn es nicht kräftig dirigirt wird. Es geht dann den althergebrachten Weg, unbeflümmelt, ob er noch praktikabel sei oder nicht.

In St. Petersburg fehlt es nicht minder als hier an Männern. Die alten Herren, welche sich unter dem früheren Czaren verdient gemacht hatten, können sich in die Prinzipien selbst, die man neuerdings adoptirte, nicht schicken und diese Prinzipien selbst sind noch nicht so weit durchgedrungen, daß sich neue Männer durch sie heranbilden könnten. Man ist eben in einem Uebergangsstadium und man weiß noch gar nicht wohin man gehen soll oder will.

Rußland hat nicht aufgehört, Adelsstaat zu sein, aber man hat die Bauern, die sonst ihre Leibeigenen waren und auf Klagen harte Antworten bekamen, freigegeben. Man

muß jetzt Weide in Zaum halten, und womit? Der Adel ist mürrisch über das, was man ihm genommen, das Landvolk nicht zufrieden, weil man ihm nicht genug gegeben. Daneben streift jener demokratisch revolutionäre Wind, der aus London kommt, aber in Rußland noch wenig Adepten machte. Es fehlt eben die Basis dazu. Das will nicht sagen, daß sich nicht hie und da Leute finden, welche dieser Richtung huldigen und sie zur Geltung zu bringen suchen.

In wie weit unter solchen Verhältnissen die materiellen Mittel für die Aufrechthaltung der Staatsmacht fließen, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls dürfte man an Heeres- und finanziellen Kräften keinen Ueberfluß haben.

Die Bureaucratie, sich selbst überlassen, handelt nach Gutdünken und desavouirt und approbirt je nach dem Erfolge, daher die Schwankung in all' dem, was sie thut. Es fehlt allenthalben an Macht und Willenskraft.

Warschau, 22. September. Der Mann des Tages ist heute der zweite Pastor an der evangelischen Kirche, Herr Otto, der den mittäglichen polnischen Gottesdienst „für das Wohl des Vaterlandes“ abgehalten hat. Seine Predigt so wohl wie sein Gebet war von nationalem Gefühl belebt und sprach die äußerst zahlreich in der schönen Kirche versammelten Zuhörer der verschiedenen Konfessionen (einige Tausend) in hohem Grade an. Zum Schlusse wurden, wie gewöhnlich, die beiden Haupt-Nationallieder gesungen. Nach den entgegenkommenden Beschüssen und Zeremonien in der protestantischen Kirche, die wir in den letzten Tagen erlebten, ist man jetzt auf die evangelische Gemeinde unter den Polen sehr gut zu sprechen. Doch bleibt der General-Superintendent von Lubwig, welcher der Tagesströmung keine Konzeptionen zu machen geneigt ist, von dieser günstigen Beurtheilung ausgeschlossen und hatte sogar Mißfallensbezeugungen zu erfahren.

Morgen früh beginnen die Wahlen, und sollen deshalb ebenfalls Gelegenheitsgottesdienste stattfinden. Für die zur Wahl kommenden beiden Städtebezirke sind als Kandidaten aufgestellt und werden also auch höchst wahrscheinlich mit großer Majorität gewählt werden: General Lewinski, Graf Andreas Zamoycki, Domherr Wyszynski und Schuhmachermeister Hyspaneki, mit Ausnahme Zamoycki's, lauter Mitglieder der ehemaligen Bürgerdelegation. Unter den Ersatzmännern befindet sich Pastor Otto.

Heute kam eine fremde Prozession vom Rahlen Berge (Lysa Góra bei Kielce) zurück und hielt ihren feierlichen Einzug in die Stadt. Alle einzelnen Pilger und übrigen Personen trugen grüne Zweige und sangen in lautem Chor die (bekanntlich verbotenen) Nationallieder. Die Polizei legte nicht nur kein Hinderniß in den Weg, sondern sorgte noch dafür, daß der Zug auf den Weg kein Hinderniß fand. Unsere Zustände können von der Macht einer einmüthigen Volksbewegung das beste Beispiel liefern und ich muß Ihnen, den zuweilen widersprechenden Versicherungen anderer Blätter gegenüber, stets aufs Neue bestätigen, daß die Ueberzeugung, Polen gehe seiner Wiederaufsertung entgegen, bei unserer Bevölkerung allgemein und unerschütterlich ist.

Berlin, 23. September. Ueber die nun definitiv zum 6. Oktober angelegte Zusammenkunft des Königs von Preußen mit Kaiser Napoleon in Compiegne fanden bekanntlich seit einigen Wochen verschiedene Versionen statt, ja von einzelnen Seiten wurde überhaupt bezweifelt, daß diese Zusammenkunft erfolge, und keines der offiziellen Journale gab der Welt Gewisheit. Diese Unsicherheiten und Widersprüche der verschiedenen Nachrichten entsprangen daraus, daß der Kaiser Napoleon brieflich den König zu einem Besuche in Compiegne eingeladen, der König jedoch in höflichster Weise darauf antwortete, er könne bei der knapp zugemessenen Zeit bis zur Krönung nicht den Termin dieser Zusammenkunft bestimmen und möchte daher, falls die Sache bis zum Frühjahr zu verschieben nicht in des Kaisers Wünschen liege, der Nähe wegen, Straßburg zum Rendezvous proponieren. In Folge dieses Bescheides erfolgte ein neuer Brief des Kaisers nach Stenide, in dem die Besprechung dringender politischer Angelegenheiten als Wunsch Napoleons angegeben war, zugleich ersuchte der Kaiser den König der Belgier, die Angelegenheit nach seinen Wünschen zu ordnen. Erst darauf hin bestimmte der König Wilhelm Tag und Ort der Zusammenkunft, welche untreitig von wichtigen Folgen sein wird und einen entschieden politischen Charakter hat. Man sagt, der Kaiser wolle neue Bürgschaften des Friedens geben und — für die allgemeine Entwaffnung der Staaten bestimmte Propositionen machen. Gewiß ist, daß ein Gesandter der Schweizer Regierung sich zum König Wilhelm begeben hat, um dessen Vermittlung in dem Streit zwischen der Schweiz und Frankreich bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Napoleon zu erwirken. Louis Napoleon selbst will nach der Zusammenkunft in einem großen Familienrath die nächste, vielleicht neue Politik Frankreichs, bestimmt vorseichnen.

Dieser Tage fand hier die Generalversammlung der „Kreuzzeitungs“-Partei und der mit ihnen jetzt verbündeten Junzmeister statt. Sie war von etwa 1000 Personen besucht und die gehaltenen Reden predigten den Juden, der Gewerbefreiheit und dem Liberalismus Tod und Verderben. Die Rüstungen dieser Partei sind nicht zu unterschätzen; sie hat in ihrer Verzweiflung mit dem zünftigen Handwerk und zugleich mit dem Katholizismus sich verbunden und dürfte in den Provinzen noch manchen Sieg erröchten. Im Allgemeinen jedoch dürfte mit dieser letzten Anstrengung die Partei ihre Macht vernichtet sehen.

Das entscheidende Ereigniß von Magdeburg wird Ihnen schon ausführlich bekannt sein. Es bekräftigt dies nur zu sehr die von mir erst vor kurzem mitgetheilten Gehässigkeiten zwischen Volk und Offizieren. Wie die Sachen stehen, können dergleichen Brutalitäten von Offizieren, die wechloze Menschen über den Haufen stechen, nicht ausbleiben und kein Wunder, wenn zuletzt das Volk selbst die Beseitigung solcher mittelalterlicher Zustände nach seiner Weise vornimmt. Mit solchen Armeen, wie die preussische jetzt ist, in der die jungen Offiziere vor Uebermuth sich nicht zu fassen wissen, hat man im Felde noch nie bestanden. Uebrigens ist dieser v. Sobbe erst von Berlin aus auf Befehl nach Magdeburg zurückgeführt worden; er hat sich keineswegs selbst gestellt.

Berlin, 24. September. (Prozeß Twesten.) Vor der dritten Deputation der Kriminalabtheilung des hiesigen Stadtgerichts stand heute der Stadtgerichtsrath Karl Twesten, 41 Jahre alt, evangelisch, unter der Anklage des Zweikampfes. Der Angeklagte trägt den rechten Arm noch in der Binde. Die Anklage basirte auf dem bekannten Zweikampfe zwischen dem Generalmajor v. Mantuffel und dem Stadtgerichtsrath Twesten, der am 27. Mai d. J. hinter den Jägerstiefen bei Potsdam stattgefunden hat. Der Staatsanwalt gab eine übersichtliche Darstellung der das Duell motivirenden Ereignisse, sowie der unter Anklage gestellten Thatfache selbst, die später vom Angeklagten in allen Einzelheiten als erakt und richtig anerkannt wurde.

Herr Twesten beschränkte sich darauf, die Anklage in allen ihren thatsächlichen Punkten als richtig anzuerkennen, und da er sowohl wie der Staatsanwalt auf die Beweisaufnahme verzichteten, beschloß das Gericht, die vorgeladenen Zeugen, Justizrath Dorn, Regierungsrath Gabler und Generalmajor v. Nieben, nicht zu vernemen. Der Staatsanwalt beantragte hierauf, den Angeklagten zu der niedrigsten gesetzlichen Strafe, zu 3 Monaten Einschließung (die höchste ist 5 Jahre) zu verurtheilen. Der Zweikampf sei, den festgesetzten Bestimmungen gemäß, als ein gefährlicher anzusehen, doch sei andererseits nicht die Fortsetzung des Kampfes bis zur Kampfunfähigkeit bedingt worden. Als Milderungsgrund möchte ferner gelten, daß der Angeklagte der Herausgeforderte und der Verletzte sei; daher rechtfertige es sich, daß nicht über das niedrigste Strafmaß hinausgegangen werde.

Herr Twesten verteidigte sich selbst. Da er in der Lage sei, die Anklageschrift in allen ihren, den Thatbestand betreffenden Darlegungen zu bestätigen, so könne er sich auch nicht gegen dieselbe verteidigen; der Staatsanwalt selber habe das niedrigste Strafmaß beantragt und auch er, der Angeklagte, hoffe zuversichtlich, der Gerichtshof werde in seiner Entscheidung nicht über daselbst hinausgehen. Seine Stellung als Richter veranlasse ihn aber, hier auf die moralischen Gründe, die ihn zu dem Duell gezwungen hätten, einzugehen. Seine Broschüre enthalte, man werde ihm das glauben, keine absichtliche Beleidigung des General v. Mantuffel. Er habe das Duell weder gemüthlich noch provoziert. Aber der Chef des Militärcabinetts habe offen erklärt, er könne das in der Broschüre über militärische Dinge und Personen abgegebene Urtheil nicht dulden und müsse auf eine zurücknehmende öffentliche Erklärung dringen. Die Erklärung habe er, der Angeklagte, nicht abgeben können. Er hätte die Freiheit eines objektiven Urtheils wahren müssen und sei von der Grundlosigkeit seines Urtheils nicht überzeugt worden. Die Vergleichung mit dem Grafen Grünne sei doch gewiß in den Augen des Herrn v. Mantuffel keine Beleidigung, und die Bezeichnung „unheilvoller Mann in einer unheilvollen Stellung“ involvire eben nur das Urtheil, daß die Stellung des Herrn v. Mantuffel, der eine öffentliche Person sei, nach Ansicht des Verfassers der Broschüre keine heilsame sei. Eine Zurücknahme des für wahr erkannten Urtheils wäre eben so chelos, wie absurd gewesen.

Herr v. Mantuffel habe ihn hierauf zum Duell herausgefordert. Er, der Angeklagte, halte, wie die Mehrzahl der Gebildeten, das Duell für ein mittelalterliches Vorurtheil, er habe sich aber nichtsdestoweniger der Erkenntniß nicht verschließen können, daß die allgemeine Meinung das politische Duell für etwas Zulässiges erachte. Die Führer aller politischen Parteien, Herr v. Vincke so wenig wie der Finanzminister v. Badow hätten sich ihrer Zeit dem Duell entzogen. Würde er sich geweigert haben, auf dem Kampflage zu erscheinen, so sei es doch gewiß, daß seine politischen Gegner ihn der Freigebigkeit verdächtigt, ihn beschuldigt haben würden, daß er mit großen Redensarten rasch zur Hand, später als Mann für seine Ueberzeugung nicht habe einflehen wollen. Die Annahme des Duells sei eine Nothwendigkeit gewesen. Die Schwere der aufgestellten Kampfbedingungen sei nicht seine Schuld, die Verabredung sei Sache der Schlichtanten gewesen. Schließlich betonte der Angeklagte, daß seine Eigenschaft als Richter keinen Erschwerungsgrund abgeben könne. Die Strafbarkeit des Duells sei Jedermann gleichmäßig bekannt; er habe als Privatmann für seine Ueberzeugung und vom Gegner gefordert, die Pistole in die Hand genommen.

Nach längerer Berathung publizirte der Gerichtshof das Urtheil dahin, daß der Angeklagte Stadtgerichtsrath Twesten des Zweikampfes schuldig und demgemäß nach §. 168 des Strafgesetzbuches zu einer dreimonatlichen Einschließung zu verurtheilt sei.

Belgrad, 21. Septbr. Ein Transport von 15 bis 20 Druzen ist neuerdings hier angekommen, und wie man spricht, sind bei 150 Druzen aus Konstantinopel noch unterwegs. Alle diese Sträflinge sollen sehr reich sein und viel bares Geld mitgebracht haben, wie auch folgender Umstand anzudeuten scheint: Es ist Thatfache, daß die hiesige türkische Garnison schon jahrelang keinen Sold erhalten hat, gestern jedoch gingen die Soldaten haufenweise in die Stadt und wechselten das türkische Geld bei den Bankiers ein, welches sie als theilweise Auszahlung des rückständigen Soldes erhalten haben. Ich sprach darüber mit einem Csaus (Feldwebel), welcher mir erzählte, daß er schon 14 Monate keine Löhnung bekommen, jetzt aber a Conto seiner alten Forderung 5 Dukaten erhalten hätte, worüber er sich glücklich schätze, da er nie so viel Geld auf einmal besäße.

Nachdem bekanntlich dem hiesigen Pascha von seiner Seite Geld zugekommen ist, so läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß das Geld zur Auszahlung des Militärs von den angekommenen Druzen abgenommen wurde.

Reisende, welche aus Bosnien kommen, erzählen, daß dort, und besonders an der serbischen Grenze, die größte Aufregung nicht nur allein unter den Christen, sondern sogar unter den Muselmännern herrscht, weil die unermeßliche Kriegsteuer und anderen Abgaben auf das Publikum einen großen Druck ausüben. Man besürchtet einen allgemeinen Aufstand in nächster Zeit.

Vom 27. Oktober bis 7. November d. J. wird in

Belgrad Landespri des gebt

Stnahme Rüste vo der bedegierung ras beh Virginia Vorgebir mit allen Famlico vollstän Das V Forts v „Cumber wurde. An Monroe wurde, ment, kaunt durch g welcher Oberbef er kurz über das „D nothwend Ufer ein dem Bef sein Ac für sein Es ware pen, auf ten Fein über. rousatiren für Beq hatten n Na

60,000 gegen de denen je helfen. schon au bei Carl Virginia generaler Freund mente ei Da Generali maß we wenig G unter de den. Z lässe des Die venstaat Separat Legteren men, wo an dem Di stabe zu Geld t wenig gegange Na artige F werden. keinen Ne so meld Abend d rung de aus erje dem Er über be vieler V große V Jahren allen P sein mü

W nach 2 weisber lassen n gerichtsd Nachmit Un nachtrag nen schr des Ang verschied maßen g Dheim sähig er sagen de in der k suchung in dieser Großmu frant ge Na

(Prozess Weste n.)
r Kriminalabtheilung des
ute der Stadtgerichtsrath
vangelisch, unter der An-
Angeklagte trägt den rech-
Die Anklage basirte auf
ischen dem Generalmajor
gerichtsrath Weste n., der
en Jägerfischständen bei
er Staatsanwalt gab eine
as Duell motivirenden Er-
Anklage gestellten Thatsache
ten in allen Einzelheiten
wurde.
ich darauf, die Anklage in
en als richtig anzuerken-
Staatsanwalt auf die
beschloß das Gericht, die
ch Dorn, Regierungsrath
leben, nicht zu verneh-
tragte hierauf, den Ange-
lichen Strafe, zu 3 Wo-
ist 5 Jahre) zu verur-
en festgesetzten Bestim-
anzusehen, doch sei ande-
s Kampfes bis zur Kamp-
Widerungsgrund müßte
lagte der Herausgeforderte
hinfertige es sich, daß nicht
hinangegangen werde.
sich selbst. Da er in der
allen ihren, den Tharbe-
zu beständigen, so könne
vertheidigen; der Staats-
richte Strafmaß beantragt
offe zuversichtlich, der Ge-
cheidung nicht über das selbe
als Richter veranlasse ihn
Gründe, die ihn zu dem
gehen. Seine Proschüre
glauben, keine abschließende
anteufel. Er habe das
provocirt. Aber der Chef
erklärt, er könne das in
Dinge und Personen ab-
müsse auf eine zurück-
dringen. Die Erklärung
abgeben können. Er hätte
theils wahren müssen und
s Urtheils nicht überzeugt
dem Grafen Grünne sei
Herrn v. Mantuffel keine
unheilvoller Mann in
wolvire eben nur das Ur-
rrn v. Mantuffel, der eine
müßt des Verfassers der
Eine Zurücknahme des für
eben so ehrlos, wie absurd
hu hierauf zum Duell her-
gte, halte, wie die Mehr-
für ein mittelalterliches
chtsdestoweniger der Er-
nen, daß die allgemeine
Duell für etwas Zu-
aller politischen Parteien,
er Finanzminister v. Pa-
Duell entzogen. Würde
n Kampfsplage zu erscheinen,
politischen Gegner ihn der-
ldigt haben würden, daß
ch zur Hand, später als
icht habe einstehen wollen.
eine Nothwendigkeit gew-
lten Kampfbedingungen sit
ung sei Sache der Sekun-
tante der Angeklagte, daß
keinen Ersparungsgrund
heit des Duells sei Feder-
habe als Privatmann für
egner gefordert, die Pistole
publizirte der Gerichtshof
ngeklagte Stadtgerichtsrath
uldig und demgemäß nach
einer dreimonatlichen Ein-
in Transport von 15 bis
angekommen, und wie man
aus Konstantinopel noch
ge sollen sehr reich sein
t haben, wie auch folgen-
: Es ist Thatsache, daß
hon jahrelang keinen Sold
gen die Soldaten haufen-
das türkische Geld bei
als theilweise Auszahlung
lten haben. Ich sprach
weibel), welcher mir er-
keine Löhnung bekom-
alten Forderung 5 Dukaten
sich glücklich schätze, da er
lah.
dießigen Pascha von keiner
läßt sich mit Bestimmtheit
zahlung des Militärs von
genommen wurde.
nen kommen, erzählen,
der serbischen Grenze,
allein unter den Christen,
lmännern herrscht, weil
nd anderen Abgaben auf
ruck ausüben. Man be-
and in nächster Zeit.
November d. J. wird in

Belgrad ein Viehmarkt abgehalten, an welchem auch rohe
Landesprodukte zum Verkauf aus dem Innern des Lan-
des gebracht werden. (Grenzboten.)

Aus Amerika.

St. Louis (Missouri), 10. September. Die Ein-
nahme der beiden Forts Hatteras und Clark, an der
Küste von Nord-Carolina, durch die Bundestruppen, ist
der bedeutendste und zugleich wichtigste Sieg, den die Re-
gierung über die Separatisten errungen hat. Fort Hatte-
ras beherrscht die ganze Küste von Nord-Carolina und
Virginia, von dem wichtigen Kriegshafen Norfolk bis zum
Vorgebirge Lookout, in Folge dessen diese ganze Küste
mit allen Buchten und in darin errichteten Batterien,
Pamlico und Albemarle-Sunds mit eingeschlossen, bald
vollständig in den Händen der Kriegsflotte sein wird.
Das Bombardement, welches gegen die beiden feindlichen
Fortis von den Kriegsschiffen „Minnesota“, „Wabash“,
„Cumberland“, „Monticello“ und „Pawnee“ gerichtet
wurde, soll ein furchtbares gewesen sein.

In dieser erfolgreichen Expedition, die vom Fort
Monroe (Virginia) aus gegen die Rebellen ausgesandt
wurde, nahm auch das New Yorker deutsche Turner-Regi-
ment, kommandirt von dem Obersten Max Weber (be-
kannt aus der badischen Revolution), Theil und hat sich
durch große Tapferkeit hervorgethan. General Butler,
welcher den Plan zu dieser Expedition entworfen und den
Oberbefehl über dieselbe hat, bemerkte in einer Rede, die
er kurz nach dem Siege in Washington hielt, Folgendes
über das Turner-Regiment und den Obersten desselben:
„Der Sturm kündigt sich bereits an, und so war es
nothwendig, mit der Flotte in die hohe See zu stechen, am
Her einen Theil des New-Yorker 20. Regiments, unter
dem Befehl des Obersten Max Weber zurücklassend, der für
sein altes deutsches Vaterland, lieber er das selbe verließ.
Es waren ihrer nur 315 Mann Vereinigten Staaten-Trup-
pen, auf feindlichem Ufer stehend, und einem stark verschan-
zten Feinde, von über 700 Mann, auf 1000 Schritt gegen-
über. Hier mußten sie unter einem bewölkten Himmel bi-
vonaufen, ohne Zelte, ohne Lebensmittel und ohne sonstige,
für Bequemlichkeit und Sicherheit nothwendige Behelfe; sie
hatten nichts als starke Arme und — tapfere Herzen.“

Nach zuverlässiger Nachricht stehen nicht weniger als
60,000 Deutsche unter Waffen, um die große Republik
gegen den Verrath und die Bajonette der Skavenhalter,
denen jede freie Regierung ein Grauel ist, beschützen zu
helfen. Die Obersten Siegel und Blenker, die sich beide
schon auf den Schlachtfeldern ausgezeichnet haben (ersterer
bei Carthago in Missouri und letzterer bei Manassas in
Virginia) sind von dem Präsidenten Lincoln zu Brigade-
generalen ernannt worden. Der Präsident, ein großer
Freund der Deutschen, hat somit dem deutschen Ele-
mente eine verdiente Anerkennung gezollt.

Das Gerücht, welches seit kurzem zirkulirte, als sei
Generalmajor Fremont wegen seiner Proklamation (ge-
mäß welcher die Sklaven frei sein sollen) abgesetzt, finden
wenig Glauben; ein solch ausgezeichnete Mann kann
unter den jetzigen Verhältnissen wohl nicht entbehrt wer-
den. Zudem ist seine Proklamation durch die letzten Er-
lässe des Kongresses durchaus gerechtfertigt.

Die Legislatur vom Staate Kentucky (Grenz-Skaven-
staat) hat den Beschluß gefaßt, daß die Truppen der
Separatisten sofort diesen Staat zu verlassen haben. Die
Regieren sollen sich weigern, diesem Beschlusse nachzukom-
men, wodurch dieser Staat nun auch wohl aktiven Antheil
an dem Kriege nehmen muß.

Die Volksanleihe nimmt in einem großartigen Maß-
stabe zu, und in kurzer Zeit wird die Regierung mehr
Geld haben, als zur Führung des Krieges noth-
wendig ist. Den Rebellen ist das Geld schon lange aus-
gegangen.

Nach den letzten Berichten wird eine andere groß-
artige Flotten-Expedition nach dem Süden unternommen
werden. Daß der Süden zuletzt dem mächtigen Norden
keinen Stand halten kann, ist außer Zweifel. (Wdr.)

New-York, 6. Sept. (Jefferson Davis),
so melden glaubwürdige Berichte aus Richmond, ist am
Abend des 3. Septbr. gestorben. Wie streng die Abster-
bung des Südens gegen den Norden ist, mag man dar-
aus ersehen, daß selbst heute, drei Mal 24 Stunden nach
dem Ereignisse, noch keine vollkommene Gewißheit dar-
über besteht. Vor 6 Monaten bedurfte es dazu nicht so
vieler Minuten. Im Uebrigen hat die Nachricht sehr
große Wahrscheinlichkeit schon deshalb, weil Davis seit
Jahren an der tuberkulösen Lungenschwindsucht litt und
allen Prophezeiungen der Aerzte zufolge schon längst todt
sein müßte.

Prozess Oskar Becker's.

(Schluß.)

Bruchsal, 23. September. Erst um ein Viertel
nach 2 Uhr konnte eine Pause eintreten, nachdem die Be-
weiserhebung so weit gediehen war, daß die Zeugen ent-
lassen werden konnten, und nur noch die Erstattung des
gerichtsärztlichen Gutachtens übrig blieb, womit heute
Nachmittag die Sitzung wieder eröffnet wurde.

Unserem Berichte von heute Morgen wollen wir noch
nachtragen, daß die einvernommenen Zeugen und verlesene
schriftlichen Zeugnisse früherer Lehrer und Freunde
des Angeklagten sich über dessen geistigen Zustand sehr
verschieden aussprachen, indem die einen ihn als einiger-
maßen geisteskrank, die andern, namentlich sein eigener
Oheim Zahn, dagegen ihn als vollkommen zurechnungs-
fähig erklärten, wofür letztere Auffassung den eigenen Aus-
sagen des Angeklagten vollkommen entspricht, der sowohl
in der heutigen Verhandlung als auch in der Vorunter-
suchung sich voller Geistesfreiheit rühmte. Uebrigens ist
in dieser Beziehung noch erheblich, daß seine mütterliche
Großmutter und eine andere weibliche Verwandte geistes-
krank gewesen sind, jedoch geheilt wurden.
Nach Verlesung seiner früheren protokollarischen Aus-

sagen, in welchen er mit allen Einzelheiten den ernstlichen
mit Vorbedacht ausgeführten Versuch des Königsmordes
eingestanden hatte, bemühte sich der Angeklagte alles dies
als eine „Komödie“ darzustellen, die er mit dem Unter-
suchungsrichter getrieben, um die Wirkung seines „Schein-
Attentats“ zu sichern, wofür er namentlich geltend machte,
daß die von den Zeugen an ihm wahrgenommene Ruhe
nach der That unerklärlich sei, wenn ihm wirklich ein
schweres Verbrechen zur Last fielen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erstattete der Ge-
richtsarzt, Medizinalrath Dr. Fuchslin, ein umfassendes
Gutachten über die Seelenzustände des Angeklagten, worin
derselbe nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände und
nach eigenen fortgesetzten Beobachtungen, den Angeklagten
für vollkommen zurechnungsfähig erklärte. Auch hier wie-
der führte der Angeklagte eine Szene von Weinen und
Schluchzen auf, als er noch einige Worte ganz unbedeu-
tenden Inhaltes zu seinen Gunsten vorbrachte. In dem
sehr kräftigen Plaidoyer des Herrn Staatsanwaltes wurde
die Anklage auf beendigtem Mordversuch entschieden auf-
recht erhalten, und sowohl der Widerruf des Geständnis-
ses bekämpft, als auch die volle Zurechnungsfähigkeit des
Angeklagten behauptet. Dabei anerkannte der Staatsan-
walt ausdrücklich, daß der Angeklagte keinen Mithschuldi-
gen habe. Der Verteidiger, Herr Obergerichtsadvokat
Née, ging davon aus, daß er heute vor dem Areopag der
öffentlichen Meinung der zivilisirten Welt spreche, und
sich seiner dadurch vermehrten Verantwortlichkeit vollkom-
men bewußt sei, wendet sich dann in anerkennenden Wor-
ten zu der Persönlichkeit Sr. Majestät des Königs von
Preußen und deutete dabei an, daß eine gewisse Partei
den Verteidiger habe zu einer ganz anderen Beurthei-
lung Höchstdessen bestimmen wollen. Hiernach und nach
einer längeren Schilderung des Bildungsganges und der
früheren Schicksale des Angeklagten (wobei bemerkt wurde,
daß soeben dem Großvater desselben von der Stadt
Chemnitz ein Monument errichtet werde), kam die Ver-
theidigung zu dem Schluß: daß der Angeklagte durch
übermäßiges Studiren sein Nervensystem zerrüttet habe,
und durch das Lesen von Machiavelli zur Idee des Kö-
nigsmordes gekommen sei, welche Idee bei ihm durch seine
einstädlerischen Gewohnheiten zur fixen geworden sei,
weßhalb der Strafmilderungsgrund beschränkter Zurech-
nung vorliege. Dabei wurde auch wieder die kleinbedeu-
tende Trompete geblasen. Hierauf wendete sich der Verthei-
diger zu dem Widerruf des Geständnisses und erzählte,
wie ihm der Angeklagte im Gefängnis die Geschichte mit
dem „Schein-Attentat“ als volle Wahrheit anvertraut
habe, wobei jedoch die Entscheidung hierüber dem Urtheil
der Geschworenen anheim gegeben wurde.

Nach einer kurzen Replik des Staatsanwaltes und
der Schlußerklärung des Verteidigers, trug der Ange-
klagte nochmals vor, daß er nur ein Schein-Attentat ver-
übt habe und seine früheren Geständnisse nur eine be-
rechnete falsche Selbstanklage gewesen sei, wobei er
übrigens nichts neues vorbrachte, zum Schluß aber wie-
der in Thränen ausbrach.

Nach kurzem und bündigem Resumé des Präsi-
denten wurden vom Gerichtshof zwei Fragen an die Ge-
schworenen gestellt, deren erste die Verübung der That,
und deren zweite den Strafmilderungsgrund der be-
schränkten Zurechnungsfähigkeit betraf. Beide Fragen be-
antwortete der Wahrspruch der Geschworenen im Sinne
der Anklage und dies hörte der Angeklagte ganz ruhig an.
Der Strafantrag des Staatsanwaltes ging auf die höchste
Strafe von zwanzig Jahren Zuchthaus, wogegen der
Verteidiger verschiedene Milderungsgründe geltend machte,
während der Angeklagte erklärte: er habe nichts weiter
anzugeben, als daß er sich auch jetzt noch unshuldig
fühle. Wie schon telegrafisch berichtet wurde, erkannte
der Gerichtshof auf zwanzig Jahre Zuchthaus, wovon
die ersten neun Jahre in sechs Jahre Einzelhaft erstan-
den werden, so wie auf Landesverweisung nach überstan-
dener Strafe.

Auch bei der Verkündung dieses Strafurtheils blieb
der Angeklagte anscheinend ganz ruhig, und erklärte nur,
daß er sich die gesetzliche Frist von acht Tagen Bedenkzeit
offenhalte. Gegen halb 11 Uhr Nachts war diese wichtige
Sitzung beendigt.

Pränumeration

der

„Arader Zeitung“

auf das 4. Quartal 1861

Oktober—Dezember.

Für Arad sammt Zustellung:

Das Morgenblatt allein 3 fl. — kr
Morgen- und Abendblatt 4 „ — „

Für Auswärtige mit freier Postversendung:

Das Morgenblatt allein 3 fl. 50 kr.
Morgen- und Abendblatt 4 „ 50 „

Wir bitten die Pränumerationen noch im Laufe
dieses Monats veranlassen zu wollen, da wir
nach dem Beginne des Quartals fehlende Nummern
nachzuliefern außer Stande wären.

Die mit Ende September ablaufenden Abon-
nements sind auf den Adresschleifen bezeichnet.
Die Beträge sind frankirt einzusenden an die

Administration der „Arader Zeitung.“

Tagesneuigkeiten.

Arad, 27. September. Das gestern Abends im Kon-
servatoriumsaale abgehaltene Konzert der jugendlichen Pia-
nistin, Baroness Alson sine v. Weiß, kann in den nicht
häufig vorkommenden Kunstproduktionen gezählt werden,
welche auf das Gemüth und den Geist des Auditoriums an-
regend und erfrischend einwirken. Es gilt dies ganz beson-
ders von der liebenswürdigen Konzertgeberin, welche alle

ihre Piecen mit eben so vieler Eleganz und Bravour, wie
mit der feinsten Nuancirung vortrug und so ein Talent ent-
wickelte, das bei der Jugend derselben, zu den schönsten
Hoffnungen berechtigt. Das äußerst gewählte, zahlreich ver-
sammelte Publikum war auch von der Leistung der jugend-
lichen Künstlerin auf das Höchste befriedigt und zeigte dies
durch lauten, stürmischen Beifall, sowie durch die oftmaligen
Hervorrufungen nach dem Schluß jeder einzelnen Nummer.
— Herr entzückte durch den künstlerischen Vortrag
zweier Lieder („Grolle nicht“ von Schumann, und „Ki-
vagyok én“ von Egressy), welche ihm Gelegenheit boten,
den ganzen Zauber seiner herrlichen, unverwundlichen Stimme
(Tenor) zu entfalten. Auf stürmisches Verlangen mußte er
das Letztere wiederholen. — Einen überraschenden Eindruck
brachte auch das noch jugendliche Fräulein Jenny Melli
durch die Wärme und den echt dramatischen Ausdruck her-
vor, mit welchen es Garay's Gedicht „Magyar hölgy“
deklamirte, wodurch es stürmischen, nicht entzweifelnden
Beifall erntete. —

* Es dürfte für Viele die Nachricht von Interesse
sein, daß der gegenwärtig in unserer Mitte weilende, vor-
theilhaft bekannte Zahnarzt Wittö, durch überhäufte an
ihn gestellte Anforderungen bewogen, sich entschlossen hat,
noch einige Tage hier zu verbleiben. —

* (Drillinge.) Vor einigen Tagen ist hier die
Frau eines Tagelöhners von drei Knaben entbunden worden,
welche in der Taufe die Namen Stefan, Alexander und Mi-
chael erhielten. Wie wir hören, sollen jedoch alle Drei kurz
nach der Taufe verschieden sein.

* Aus Pest vom 26. und wird geschrieben: Heute
Vormittag wurde in einem Haus der Patbanerzasse eine
Wagenladung Tabak konfisziert. Es strömte eine Masse Volks
zusammen, welches gegen die Finanzwächter und die sie be-
gleitenden Soldaten eine derart drohende Haltung annahm,
daß aus der Karlskaserne eiligst eine Kompagnie Infanterie
zur Unterstützung heranzückte. Bei dieser Gelegenheit wur-
den zwei Israeliten, Bretschneider und Feldmann, durch Va-
jonnettische, der Großhändler Gruber aber durch einen
Schlag an den Kopf verwundet. — Wir bringen morgen
Näheres über den Vorfall.

* Den Schmerling-Hugenay'schen Prozess be-
treffend, erzählt der „P. L.“ aus verlässlicher Quelle Fol-
gendes: — Die Gattin des Herrn Ritter v. Schmerling
war eine geborne Erdelka, und eben so die Mutter der Dö-
rri'schen Waisen. Ersterer war somit ein Onkel der Letzteren
und wurde daher von dem bestandenen Pester Landesgerichte,
und nicht vom Präsidenten Komers zum Vormund der ge-
nannten Waisen bestellt. In der Rechtsache der B. Hugenay
gegen die Dörrischen Pupillen wurde nun pro. 10,000 fl.
eine Exekution angeordnet, welche aber über den Refus des
Ministers Schmerling als Vormund der mehrerwähnten Pu-
pillen, von der Septemberratsel kastirt wurde.

* Jenes Komite, welches vom ungar. Landtag am
21. August l. J. zur Revision der über die Ausgaben des
Unterhauses geführten Rechnungen ernannt worden, und aus
den Herren Emerich Svánka, Paul Király, Gabriel Klau-
zál, Franz Kubinyi und Kasimir Sarközy zusammengesetzt
war, hat am 24., 25. und 26. d. seine Arbeiten vollendet
und dabei alle Rechnungen in der strengsten Ordnung ge-
sunben. Der Bericht über die Thätigkeit des Komite's,
welche dem nächsten Landtag wird nämlich vorgelegt werden,
wurde in der Schlusssitzung vorgelesen und authentisirt, dann
aber durch den ebenfalls anwesenden Präsidenten des Unter-
hauses in das Landesarchiv deponirt.

* Das „Giornale di Verona“ bringt einen Artikel
über die venetianischen Eisenbahnen, zu welchem eine Be-
sprechung des H. B. Benedek mit den Ministern in Wien
die Veranlassung bietet. Dem „Giornale di Verona“ scheint
es staatsgefährlich, daß eine französische Gesellschaft die ve-
netianischen Bahnen in Händen habe, und zwar umsoehr,
weil „Oesterreich nicht in sehr freundschaftlichen Beziehungen
mit der faktischen Regierung, die jetzt an der Seine oben-
auf ist, steht und weil es leicht zu einem Kriege mit dersel-
ben kommen könnte.“ Diese Sprache ist in Italien sehr
aufgefallen.

* Dem Vernehmen nach sollen die Offiziere der un-
garischen Regimenter sowie jene der Militärgrenze ver-
schürzte Attilas, wie sie von den ungarischen Freiwilligen
getragen wurden, erhalten.

* Von gewöhnlich gutunterrichteter Seite wird der
„Fr.“ berichtet, daß nunmehr ein unbedingtes Verbot gegen
die Annahme von Verwaltungsrathsstellen bei Aktien-Gesell-
schaften seitens aktiver Staatsbeamten nahe bevorsteht; es
heißt, daß ein dahin zielender Beschluß des Ministeriums
bereits die kaiserliche Sanktion erhalten hat, und es scheint
also, daß das Ministerium dem im Abgeordnetenhanse vor-
bereiteten Antrage von Schindler und Genossen zuvorkom-
men will.

* (Pressprozesse) Der verantwortliche Redakteur
der „Std. Post“, Eduard Breier, ist angeklagt, und zwar
wegen eines in diesem Blatte im vorigen Jahre veröffent-
lichten, gegen einen russischen, als Medizinalrath in Tü-
risch-Serbien praktizirenden Arztes gerichteten Artikels, in
dem letzterer der großen Unkenntniß bei Behandlung eines
Patienten geziehen wurde. Die Anklage lautete auf Ehren-
beleidigung. — Gegen den Redakteur der „Národný List“
wurden neuerdings vier neue, sage vier neue Pressprozesse
anhängig gemacht, und die strafgerichtliche Untersuchung be-
findet sich bereits im vollen Gange. Die beanstandeten Arti-
kel sind: in Nr. 187 eine Korrespondenz aus Szegskowic,
der Kläger ist der nun der Beaufsichtigung der böhmischen
Schulen enthobene Schulrath Marek, wegen Ehrenbelei-
digung; in Nr. 240 eine Korrespondenz aus Wien vom 30.
August; in Nr. 245 der ein Stückchen des österreichischen
Konstitutionalismus in Währen überschriebene Artikel und
dann der Artikel in Nr. 251, Herr Minister Schmerling
und das Ehrenbürgerrecht. In den drei letzten Prozessen
tritt die Staatsanwaltschaft als Ankläger auf. Dr. Greger
ist letzten Montag bezüglich dieser aufgezählten Prozesse be-
reits bei Gericht vernommen worden.

* Die Spielkarten erhalten einen neuen Stemp-
pel. Dieser wird für die zum Export bestimmten Karten
roth, für die im Inlande verkauften Karten aber schwarz
sein. Die Spizen der Enveloppe, in welche die Karten ge-
hüllt sind, werden mittelst einer Stempelmarke geschlossen.

